

MEGA I/16

Karl Marx, Friedrich Engels, Gesamtausgabe (MEGA). Herausgegeben von der Internationalen Marx-Engels-Stiftung Amsterdam. Erste Abteilung: Werke. Artikel. Entwürfe. Band 16: Karl Marx, Friedrich Engels: Werke, Artikel, Entwürfe Oktober 1857 bis Dezember 1858. Bearbeitet von Claudia Reichel und Hanno Strauß. De Gruyter Akademie Forschung, Berlin 2018. X und 1181 S. (544 S. Textband, S. 545-1181 Apparatband). Mit 25 Illustr., 189,95 Euro

Der von Claudia Reichel und Hanno Strauß bearbeitete MEGA-Band I/16 enthält 123 Dokumente von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Zeitraum von September 1857 bis Dezember 1858. Dazu zählen 84 journalistische Arbeiten. Davon sind 81 Zeitungskorrespondenzen für die „New-York Tribune“ (NYT), eine der im 19. Jahrhundert bekanntesten Zeitungen in den USA. Zudem beinhaltet der Band 39 lexikografische Einträge für die „New American Cyclopaedia“, eines der großen Lexikonunternehmen der USA. Sechs bisher unbekannte Artikel werden in dem Band erstmals veröffentlicht.

Thematisch werden in Artikeln des Bandes vor allem zwei zu der damaligen Zeit aktuelle Problematiken behandelt. Das sind die erste Weltwirtschaftskrise von 1857 und der indische Aufstand der Jahre 1857 bis 1859. Diese beiden aktuellen Schwerpunkte des Bandes werden durch einen dritten ergänzt, der verschiedene Epochen der US-Militärgeschichte betreffende Lexikonbeiträge enthält. Neben den Artikeln zu den drei genannten Schwerpunkten beinhaltet der Band mehrere Beiträge zu tagesaktuellen Themen,

wie zu den innenpolitischen Vorgängen im Zusammenhang mit dem Thronwechsel in Preußen, Opiumhandel und die „ungleichen Verträge“ im kaiserlichen China, politische Geschehnisse in Frankreich nach dem Attentat vom 14. Januar 1858 auf Napoleon III, Aspekte des transatlantischen Sklavenhandels sowie neuere Entwicklungen in der Innen- und Außenpolitik des Russischen Zarenreichs. Ergänzt werden diese politischen Beiträge durch die Biographien des Fürsten Blücher, dem Feldherrn der antinapoleonischen Kriege, von Simon Bolivar sowie einigen britischen und französischen Politikern.

Alle Artikel in den Zeitungen und die Beiträge im Lexikon sind jeweils in enger Kooperation zwischen Marx und Engels entstanden, wobei Engels offiziell nicht als Mitverfasser erschien, da Marx der alleinige Vertragspartner mit den publizierenden Unternehmen war (MEGA² I/16, S. 568). Da die Artikel des Bandes Themen aus einem geographischen Raum behandeln, der sich von Europa über Nord- und Südamerika bis nach Ostasien sowie Australien erstreckt (MEGA² I/16, S. 569), kann schon zumindest zum Zeitpunkt des Entstehens der Schriften nicht mehr von einer oftmals behaupteten Euro-Zentriertheit von Marx und Engels gesprochen werden.

Der Zeitraum von Mitte 1857 bis Ende 1858 ist bei Marx eine Zeit sehr intensiven Arbeitens. Sein bescheidenes Londoner Arbeitszimmer verwandelt sich zeitweise in ein Analysezentrum zu politischen und ökonomischen Problematiken, wie er in einem Brief an Engels am 18. Dezember 1857 mitteilt (MEGA² III/8: 210, 221). Er arbeitet unter anderem an seinem ö-

konomischen Manuskript „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“. Eine allgemeine Einleitung hatte er bereits in der letzten Woche des August 1857 entworfen. Das danach, zwischen Ende September 1857 und November 1858 entstandene Manuskript bildet den Text der Grundrisse im engeren Sinne (MEGA² II/1). Von August bis Oktober 1858 stellte Marx seinen Urtext „Zur Kritik der politischen Ökonomie“, sowie vom November 1858 bis Januar 1859 das erste Heft „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ fertig (MEGA² II/2).

Außerdem legt sich Marx drei große Kontorbücher an. In ihnen sammelt er umfangreiche Materialien über England, Frankreich und Nordeuropa. Er wertet die bedeutendsten britischen Tageszeitungen in etwa 1500 Ausschnitten sowie Auszügen aus, die er nach dem Ausschneiden thematisch ordnet und dann in die Kontorbücher einklebt (MEGA IV/14).

Und Marx verfasst die erwähnten wöchentlichen Artikel für die NYT, von denen sich 10 mit der ökonomischen Krise der Jahre 1857/1858 beschäftigen, davon sieben unter Verwendung des von ihm gesammelten Materials. Diese in MEGA² I/16 edierten Beiträge für die NYT bilden insofern zusammen mit den Bänden MEGA² II/1 und MEGA² IV/14 thematisch eine Einheit, als sich in ihnen der ökonomische Kenntnisstand von Marx in den Jahren 1857/1858 widerspiegelt.

Bei der immensen Arbeitsbelastung kann es nicht verwundern, dass Marx das Verfassen von Zeitungsartikeln häufig als eher lästige Zeitverschwendung ansah, die ihn von seinen Arbeiten an der ihm eigentlich vor allem in-

teressierenden ökonomischen Theorie abhielt. Allerdings sah Marx es wiederum als durchaus positiv an, dass ihn die realen ökonomischen Geschehnisse zwangen, sich mit praktischen Details zu beschäftigen, die außerhalb des Bereichs der eigentlichen ökonomischen Theorie lagen (MEGA² II/2, S. 102). Insofern bestehen zwischen den in diesem Band präsentierten Artikeln zur Wirtschaftskrise und den Schriften sowie den Exzerpten zur ökonomischen Theorie inhaltlich enge Berührungspunkte.

Die Wirtschaftskrise von 1857 begann am 24. August mit dem Zusammenbruch der großen New Yorker Depositenbank „Ohio Life Insurance and Trust Company“. Infolge des anschließenden Runs auf Banken mussten im Oktober zahlreiche Geldinstitute ihre Tätigkeiten einstellen. Die anfängliche Börsenpanik wurde schnell zu einer Kredit- und Wirtschaftskrise, die schon im Oktober Großbritannien erreichte. Durch Charles Anderson Dana, den Chefredakteur der NYT, wurde Marx aufgefordert, sich in seinen Artikeln auf die beiden derzeit wichtigsten Themen zu beschränken – nämlich den Krieg in Indien und die „commercial explosion“ (Dana an Marx vom 13. Oktober 1857, MEGA² III/8, S. 496).

Obwohl er selbst durch die Krise in verstärkte finanzielle Schwierigkeiten geriet, hat Marx die Wirtschaftskrise und die Beschäftigung mit ihr erfreut, wie aus Briefen an Engels sowie an Lassalle hervorgeht (Marx an Engels vom 13. November 1857, MEGA² I-II/8, S. 193; Marx an Lassalle vom 21. Dezember 1857, MEGA² III/8, S. 223). Entsprechend des zu dieser Zeit von ihm noch sehr linear gedachten Zusammenhangs zwischenökonomi-

scher Krise, sozialen Erschütterungen und politischen Unruhen erwartete Marx nämlich durch die Krise von 1857 auch eine Verstärkung der Arbeiterbewegung (Marx an Engels vom 8. Dezember 1857, MEGA² III/8, S. 210). In seinen Artikeln thematisiert Marx dann jedoch die konkreten Proteste und Widerstände gegen die Folgen der Wirtschaftskrise nur ganz am Rande, ihn interessieren offenbar vor allem die rein ökonomischen Aspekte der Krise.

Am 6. November 1857 begann Marx mit „The Bank Act of 1844 and the Monetary Crisis in England“ seinen ersten aus der Reihe von Artikeln zur Wirtschaftskrise zu schreiben. Diesem Artikel folgten vier weitere zu Peels Bank Act. Der Bank Act folgte von seinen theoretischen Grundlagen her Ricardos Quantitätstheorie des Geldes. Dieser Theorie zufolge sollte der Geldumlauf eng begrenzt werden, er dürfe nur aus Münzen und Banknoten bestehen. Im Gegensatz zu Ricardo war Marx – beeinflusst durch die Banking-Theory – davon überzeugt, dass durch eine künstliche Beschränkung von Notenemissionen Geldkrisen in Zeiten erhöhten Geld- und Kreditbedarfs verschärft werden würden. Mit dem Bank Act hatte sich Marx schon zuvor im Zusammenhang mit der ökonomischen Krise von 1847 beschäftigt. Seine in den „Londoner Heften 1850-1853“ (MEGA², IV/7) veröffentlichten Exzerpte belegen, dass er mit den theoretischen Grundlagen dieses Acts sowie den Diskussionen zwischen Vertretern der Currency- und der Banking-Theory und den Folgen des Acts in der Krise von 1847 – die schon damals zu dessen Suspendierung geführt hatten – durch-

aus gut vertraut war. Mit seiner Prognose vom 6. November 1857, wonach die Regierung den Bank Act angesichts der Krise zeitweise aufheben müsse (MEGA², I/16, S. 67), sollte Marx dann auch vollkommen richtig liegen – diese erfüllte sich schon ein paar Tage später. Die Beiträge von Marx zum Bank Act dokumentieren seine Auffassung, wonach sich mittels Bankenpolitik einzelne Krisenphasen zwar verschärfen oder abmildern lassen, aber eine staatliche Bankenpolitik Wirtschaftskrisen insgesamt nicht verhindern könne. Wegen der Ausweitung des Kreditwesens haben Banken nach Auffassung von Marx auch nicht die Macht, den Betrag der sich im Umlauf befindlichen Zirkulationsmittel festzulegen (MEGA², I/16, S. 392, 395).

Für Marx sind ökonomische Krisen nicht durch den Leichtsinns und das Versagen von einzelnen Individuen verursacht, vielmehr handelt es sich seiner Meinung nach um Überproduktionskrisen, denen jeweils eine Finanzkrise vorausgegangen sei. Diese sei dann in eine Handels- und Industriekrise umgeschlagen (MEGA², I/16, S. 107). Marx fordert, die allgemeinen Gesetze herauszufinden, durch die die Krisen auf dem Weltmarkt hervorgerufen werden. Gleichzeitig sieht er es als erforderlich an, sowohl die genauen Daten ihrer Wiederkehr als auch – neben den allgemeinen Merkmalen jeder Krise – die jeweiligen spezifischen Besonderheiten der einzelnen Krisen genau zu analysieren.

Letztlich läuft für Marx die Problematik der ökonomischen Krisen auf die Fragestellung hinaus, ob die Gesellschaft die ökonomischen Verhältnisse kontrollieren könne, um Krisen zu

vermeiden. Andernfalls müsse die Gesellschaft mit den regelmäßigen Krisen leben und diese ertragen (MEGA², I/16, S. 414 f.).

Andreas Diers

Neues zu Marx?

Karl Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Mit e. Einleitung u. e. Kommentar hrsg. v. Michael Quante. Felix Meiner Verlag Hamburg 2019 (= Philosophische Bibliothek, Band 612), XLIX + 892 S., 68,— Euro

Die vom Herausgeber in seiner Studienausgabe präsentierten Texte, die komplette Erstausgabe und aus der zweiten Auflage Kapitel I und Nachwort, entsprechen akkurat denen, die 1983 bzw. 1987 in der Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA²) ediert worden waren, d. h. Orthographie, Interpunktion und Lautstände blieben erhalten und die Druckfehler wurden korrigiert.¹ Wer

also über die nur noch antiquarisch erhältliche Edition der Erstausgabe in MEGA² nicht verfügt und ihren Text in Papierform lesen will, kann die Studienausgabe zu diesem Zweck nutzen, muss allerdings die sechs Sprachen beherrschen, in denen Marx zitiert und auf den Apparat der MEGA verzichtet, wo lateinische und griechische Zitate und Redewendungen übersetzt sind.² Dagegen hat sich der Herausgeber hinsichtlich des für die Neufassung von Kapitel I so wichtigen „Überarbeitungsmanuskripts“ von 1872/73 mit ganz unspezifizierten Verweisen im Anmerkungsapparat begnügt; wer wenigstens das hier ganz wesentliche Unterkapitel I.3 zur Wertform in seiner Entwicklung näher betrachten will und nicht auf MEGA² zurückgreifen kann, sei auf die von Hecker und Stützle 2017 vorgelegte Zusammenstellung verwiesen.³

Was der Herausgeber im ersten Teil seiner Einleitung zum Zusammenhang der verschiedenen Ausgaben mitteilt, ist dürftig bis falsch. Marx war nicht dabei, die französische Übersetzung „endgültig fertigzustellen“, als er mit der Vorbereitung der

¹ Ein kursorischer Vergleich des in Band II/5 der MEGA enthaltenen Druckfehlerverzeichnis mit dem von Quante präsentierten Text zeigt, dass dort fehlende Korrekturen auch hier fehlen und dort vorhandene Pseudokorrekturen auch hier vorhanden sind: Nicholas Barbons *A Discourse. Concerning Coining the New Money lighter* wird hier (S. 11 Fn. 2) wie dort *A Discourse on Coining...* genannt; der „berühmteste Satz“ von Say steht in t. I seines *Traité d'économie politique*, wogegen hier (S. 129 Fn. 31) wie dort auf t. II verwiesen wird; auch an den Stellen, wo dort – entgegen dem selbstgesetzten Anspruch – die altertümliche Orthographie durch die modernere der 4. Auflage ersetzt worden ist, findet sie sich genauso hier, z. B. Knetbrett statt Kneetbrett (S. 217 Z. 28), Märchen statt Mährchen (S. 367 Fn. 111 Z. 21), resümirt statt resumirt (S. 446 Z. 16), usw. Für die konkreten Nachweise vgl.

(auch im Folgenden) den historisch-kritischen Apparat zu Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Ersten Band. Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals. Neue Textausgabe*, bearb. u. hrsg. v. Thomas Kuczynski, Hamburg 2017.

² Vgl. die Website mega.bbaw.de. Der Text selbst ist dort unter <https://megadigital.bbaw.de/abrufbar>, aber noch nicht der dazugehörige historisch-kritische Apparat (aufgerufen am 20. 10. 2019).

³ Vgl. Karl Marx, *Das Kapital I.5: Die Wertform*, hrsg. v. Rolf Hecker u. Ingo Stützle, Berlin 2017.

zweiten deutschen Auflage begann (S. XIV), die zeitliche Abfolge war vielmehr die umgekehrte.⁴ Die Textänderungen, die Engels in seine Ausgabe von 1883 (nicht 1885) „integriert“ hatte, waren nicht „für die französische Übersetzung“ vorgesehen (S. XVI), sondern für eine geplante englische. Ein Exemplar der französischen Ausgabe hat der Herausgeber wohl nie in die Hand genommen, denn die wenigen Stellen, wo er konkret auf die Ausgabe verweisen will, folgen der vom Original abweichenden Fußnotenanzahl im Band II/7 von MEGA² (vgl. seine Anmerkungen 379, 478 u. 484); an allen andern Stellen begnügt er sich mit dem nicht näher spezifizierten Hinweis, dass die französische Version von der deutschen abweicht, was jenen, denen die Ausgaben nicht zur Verfügung stehen, kaum weiterhelfen wird. Schließlich datiert er den Beginn von MEGA² auf 1992 (S. XLV), jedoch sind alle sechs Versionen von Band I, die dort ediert worden sind, vor 1992 erschienen.

Der Rest der Einleitung und der größte Teil der Anmerkungen soll dem Nachweis dienen, dass das *Kapital* ein sozialphilosophisches Werk in der Nachfolge Hegels sei und Marx „sich methodisch innerhalb des durch Hegel definierten Rahmens einer idealistischen Systemphilosophie“ bewege (S. 878 Anm. 440). Das ist zwar das glatte Gegenteil dessen, was Marx im

Nachwort zur zweiten Auflage über die Dialektik Hegels vermerkte: „Sie steht bei ihm auf dem Kopf. Man muss sie umstülpen, um den rationalen Kern in der mystischen Hülle zu entdecken“ (S. 826), aber der Herausgeber meint ja auch, dass die eine Hegelkritik enthaltenden Schriften von Marx seinerzeit „unveröffentlicht“ blieben (S. XXIII), ignoriert somit dessen 1844 in den *Deutsch-französischen Jahrbüchern* erschiene- nen Aufsatz *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung* ebenso wie dessen 1859 erfolgte explizite Erwähnung im Vorwort von *Zur Kritik der politischen Ökonomie*. Die vom Herausgeber – etwas großsprecherisch formulierten – „Beweisziele“ (S. XVII) kann er schon deshalb nicht erreichen, weil seine in ihrer immerwährenden Wiederholung nur ermüdenden Hinweise auf das, was Marx von Hegel übernommen habe, zumeist ganz unspezifiziert bleiben und daher von denen, die Hegels Werk nicht genau kennen, allenfalls geglaubt, aber nicht überprüft werden können; lediglich an den Stellen, wo der Herausgeber meint, in MEGA² gegebene Hinweise auf Hegels *Wissenschaft der Logik* (die „große Logik“) durch solche auf Teil I seiner *Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften* (die „kleine Logik“) ersetzen zu müssen, liefert er überprüfbare Angaben.

Gerade diejenigen, die das vom Verfasser im Untertitel eine *Kritik der politischen Ökonomie* genannte Werk im Sinne des Herausgebers als ein sozialphilosophisches auffassen sollen, werden feststellen müssen, dass in den Anmerkungen auf kaum einen andern Philosophen der Neu-

⁴ Vgl. Otto Meißner aus Hamburg an Marx in London am 28.11.1871 (Internationales Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam, Marx-Engels-Nachlass, Signatur D 3364) und Karl Marx aus London an Laura Lafargue in San Sebastian am 18. Dezember 1871 (Marx-Engels-Werke, Bd. 33, S. 363)

zeit verwiesen wird. Direkte und indirekte Anspielungen sowie Quasi-Zitate aus Werken von Bacon, Descartes, Diderot, Ferguson, Haller, Hobbes, Leibniz, Mendelssohn, Spinoza und Voltaire bleiben unaufgeklärt; selbst beim Säulenheiligen Hegel ist einiges nachzutragen.⁵ Dass bei der vom Herausgeber angestregten „Spurensuche“ sämtliche Ökonomen, Juristen, Theologen usw. unberücksichtigt bleiben, versteht sich daher nahezu von selbst.

Wer die Intentionen des Herausgebers ideologiekritisch einordnen will, muss nicht lange suchen: Das „kategoriale Grundgerüst der Kritik der politischen Ökonomie von Karl Marx“ liefere dieser in Kapitel I seines Werks sowie dessen Anhang über die Wertform (S. XV). Zu diesem „Grundgerüst“ gehört offenbar nicht der – von Marx als Titel von Band I formulierte – „Produktionsprozess des Kapitals“, denn die „Verwandlung von Geld in Kapital“ wird ja erst in Kapitel II dargestellt, auch nicht die Kategorie „Mehrwert“, die Marx in diesem Zusammenhang einführt (S. 116), wobei er der Produktion dieses Mehrwerts mehr als die Hälfte seines Buches widmet. Das „Grundgerüst“ ist mithin auf das Kapitel *Ware und Geld* reduziert, im Grunde auf die drei Versionen des Unterkapitels *Die Ware*. Dementsprechend verteilen sich die Anmerkungen: Der „Rest“ der edier-

ten Texte nimmt zwar 706 von 827 Textseiten ein, bekommt aber nur 204 von 495 Anmerkungen zugebilligt. Das alles erinnert zwar etwas an die „neue Marxlektüre“, aber es wäre sicher unrecht, den Herausgeber einen Vertreter dessen zu nennen, was Hanloser und Reitter treffend „Zirkulationsmarxismus“ genannt haben.⁶

Der Verlag hatte das Erscheinen des Buches im Rahmen seiner honorigen *Philosophischen Bibliothek* erstmals für 2012 angekündigt. Was der Herausgeber zwischenzeitlich an dem Buchmanuskript geändert hat, entzieht sich meiner Kenntnis, aber der Ertrag deutet auf sieben sehr magere Jahre hin. Der Verlag hätte wohl besser daran getan, sich von dem Projekt zu verabschieden, denn in seiner nun vorliegenden Gestalt enthält das Buch, Lessing zu zitieren, „viel Gutes und viel Neues – aber das Gute ist nicht neu und das Neue ist nicht gut“.⁷

Thomas Kuczynski

Dänische Verhältnisse

Hans-Norbert Lahme, Die Revolutionären. Gerson Trier, Nicolaj L. Petersen und die Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei Dänemarks (RSAP). Beschreibung und Ausblick, Exkurse, Briefe (1889-1918). 2019. www.hansnorbertlahme.eu.

Die Positionsverluste der Printmedien drängen Publikationen zu gegenwärtig als eher randständig geltenden

5 Beispielsweise paraphrasiert Marx' Bild „Das Kolonialsystem warf mit einem Schub und Bautz alle alten Götzen über Haufen“ (S. 710) eine in Hegels *Phänomenologie des Geistes* in Anführungszeichen gesetzte Stelle, die sich bei näherem Hinsehen als ein Zitat aus Goethes Übersetzung von Diderots *Rameaus Neffe* herausstellt.

6 Vgl. Gerhard Hanloser, Karl Reitter, Der bewegte Marx. Eine einführende Kritik des Zirkulationsmarxismus, Münster 2008.

7 <https://www.duden.de/sprachwissen/sprachratgeber/Anesis> (aufgerufen am 20. 10. 2019).

Themen zunehmend ins Internet. Hierzu dürften auch Untersuchungen über die Geschichte der Arbeiterbewegung gehören, sofern sie nicht subventioniert sind. Wer sich ein Bild von Neuerscheinungen machen will, wird immer mehr auch auf digitale Veröffentlichungen angewiesen sein. Es ist zu hoffen, dass im Laufe der Zeit auch bibliografische Plattformen hierfür angeboten werden.

Eine Neuerscheinung, die nur im Netz zugänglich sein wird, ist die Darstellung einer kurzlebigen Sonderentwicklung in der Geschichte der Arbeiterbewegung in Dänemark.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war dieses Land – eine konstitutionelle Monarchie – noch weitgehend agrarisch geprägt. Die Opposition gegen das autoritäre Regime des Ministerpräsidenten Estrup (seit 1875) hatte ihre Basis unter den kleinen und mittleren Bauern und den städtischen Mittelschichten. Im Parlament war sie durch die liberale „Venstre“ (Linke) vertreten. Dem 1878 gegründeten Socialdemokratisk Forbund (Sozialdemokratischer Bund) unter der Führung des Handschuhmachers Peter Knudsen räumte sie bei Wahlen einige wenige als sicher geltende Wahlkreise ein und bekam im Gegenzug deren Stimmen in den übrigen. 1884 erhielt dieser so zwei Mandate, von denen eines 1887 wieder verloren ging.

Die in den sozialdemokratischen Parteien Europas immer wieder umkämpfte Frage des Verhältnisses der Sozialdemokratie zur Bauernschaft fand in Dänemark schon früh eine Antwort. Diese bestand in einem Programm, das folgende Forderungen enthielt: Land-

arbeiterschutz, Bodenzuteilung an landarme und landlose Landarbeiter, Einziehung von Brachflächen, staatliche Förderung von Genossenschaften durch Kredite – letztlich also eher den Zugang zu Kleineigentum.

Die Durchsetzung des Marxismus zumindest im mehrheitlichen Selbstverständnis der deutschen und – teilweise, mit einer Spaltung verbunden – der französischen Sozialdemokratie in den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts unterblieb in Dänemark.

Aber es gab Einflüsse von außen. Während des Sozialistengesetzes wichen Deutsche in das nördliche Nachbarland aus. Andere kamen auf der Walz dorthin. 1883 sorgte die dänische Partei dafür, dass ihre deutschen Genossen in Kopenhagen einen Auslandsparteitag abhalten konnten. In der dänischen Hauptstadt gab es auch eine „Deutsche Lesegesellschaft“ (DLG) von Arbeitern, meist Handwerkern. In ihren Diskussionen fanden die Entwicklungen der illegalen Partei im Reich Niederschlag.

Der dänische Sprachlehrer, Chemiker und Kaufmann Gerson Trier (1851-1918) lebte 1883 bis 1888 in London und nahm dort Kontakt zu Friedrich Engels auf. 1888 erschien seine Übersetzung von dessen Schrift „Der Ursprung der Familie, des Eigentums und des Staats“.

Der Drechsler Nicolaj Lorents Petersen, geboren 1854, war nach Beendigung seiner Lehre 14 Jahre in Deutschland, Frankreich, England, vielleicht auch in Amerika auf Wanderschaft. Ab 1884 ist er in Paris nachweisbar, wo er in der sozialistischen Bewegung aktiv war. In London kam auch er in Beziehung und

unter den Einfluss von Engels.

Nachdem Petersen und Trier 1888 nach Dänemark zurückgekehrt waren, nahmen sie zu einer Minderheit im Socialdemokratisk Forbund Kontakt auf, die dessen gemäßigten Kurs und seine Bündnispolitik mit der Venstre ablehnten. Bald wurden sie führend in dieser Opposition. 1889 gründeten sie die Zeitschrift „Arbejderen“, die damit eine Herausforderung für das Parteiorgan „Socialdemokraten“ wurde.

Ein Kontroverspunkt im sich anbahnenden Konflikt war – neben dem Bündnisproblem – die Frage nach einer etwaigen Beteiligung an einem der beiden für 1889 angesetzten Internationalen Arbeiterkongresse.

In Frankreich hatten sich ehemalige Bakunisten unter Führung von Paul Brousse zu Anhängern einer langfristigen Reform gewandelt. Sie hießen „Possibilisten“ und bekämpften sich sowohl mit den Marxisten – deren prominenteste Vertreter Gabriel Deville, Jules Guesde und Paul Lafargue waren – als auch mit den Blanquisten (darunter Édouard Vaillant). 1888 hatten sie ein Mandat eines Londoner Arbeiterkongresses für die Ausrichtung eines Internationalen Kongresses erhalten. Die französischen Marxisten sahen sich der Gefahr gegenüber, von diesem ausgeschlossen zu werden. Sie und die Blanquisten luden deshalb – bald unterstützt von ausländischen Gesinnungsgenoss(inn)en, darunter der von Bebel und Liebknecht geleiteten Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands und Friedrich Engels – zu einem zweiten Kongress ein.

Peter Knudsen wollte die dänische

Arbeiterbewegung aus diesem Konflikt heraushalten. Seiner Meinung nach sollte der Socialdemokratisk Forbund entweder an beiden Kongressen oder dem der Possibilisten teilnehmen. Petersen und Trier durchkreuzten diese Absicht: Sie erreichten, dass drei Dänen den „marxistischen“ Kongress besuchten. Dort prangerte Petersen die Bündnispolitik des Socialdemokratisk Forbund an und war beteiligt an der Verabschiedung einer Resolution, die ein eigenständiges Auftreten der Arbeiterbewegung forderte.

Knudsen sah hier die Gefahr einer Festlegung der dänischen Partei auf einen Kurs, der ihrer bisherigen Politik zuwiderlief. Er organisierte eine Urabstimmung, durch die die Redakteure von „Arbejderen“, darunter Petersen und Trier, aus dem Socialdemokratisk Forbund ausgeschlossen wurden. Die von den beiden daraufhin gegründete „Revolutionære Socialistiske Arbejderparti“ (Revolutionäre Sozialistische Arbeiterpartei“, RSAP) hatte maximal 400 Mitglieder (gegenüber ca. 10.000 der Partei). 1892 wurde Petersen wegen angeblich staatsgefährdender Artikel in „Arbejderen“ zu einer Freiheitsstrafe verurteilt. Während er sie verbüßte, geriet das Blatt, das ihm dadurch entglitt, in die Nähe des „Sozialist“, der Zeitung des „Vereins Unabhängiger Sozialisten“ in Deutschland – der so genannten „Jungen“, die nach dem Ende des Sozialistengesetzes gegen Bebel und die um ihn gruppierte Parteiführung opponierten. Die RSAP bestand nur bis 1893. Im selben Jahr wurde auch „Arbejderen“ eingestellt.

Trier und Petersen waren in den Folgejahren in der Arbeiterbildungspoli-

tik aktiv und behielten dadurch Einfluss in Partei und Gewerkschaften. 1901 wurden sie wieder in den Socialdemokratisk Forbund aufgenommen. Trier war Mitglied des Parteivorstands und der Programmkommission. 1916 trat er aus dem Socialdemokratisk Forbund aus, nachdem dieser erstmals einen Minister (Thorvald Stauning) in einem Kabinett gestellt hatte. Petersen unternahm während des Ersten Weltkriegs einen Suizidversuch, überlebte aber. Sein Todesjahr ist nicht bekannt. Thorvald Stauning wurde 1924 der erste dänische Ministerpräsident.

Der Versuch von Gerson Trier und Nicolaj Petersen, in dänischen Arbeiterbewegung eine ähnliche Programmatik wie die der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie und der französischen Marxisten um Deville, Guesde und Lafargue durchzusetzen, hatte von Anfang an keine Chance.

Hans-Norbert Lahme nennt die Politik Knudsens und der von ihm vertretenen Mehrheit in Partei und Gewerkschaft nicht reformistisch, sondern „reformsuchend“. Es handelt sich nicht um einen sprachlichen Lapsus, sondern um die Interpretation einer anderen historischen Realität. Üblicherweise ist der Reformismusbegriff in der Nähe des Revisionismus, also des Versuchs einer Überwindung des Marxismus, platziert. Das ist in erster Linie eine deutsche Sichtweise. Es gab aber in der Arbeiterbewegung fast aller Länder schon Reformpolitik vor oder auch anstelle revolutionärer Theorie und Praxis – übrigens zunächst auch in Deutschland, nämlich im 1863 gegründeten Vereinstag Deutscher Ar-

beitervereine, der von dem Liberalen Theodor Sonnemann geführt wurde, dessen Vorstand aber auch August Bebel angehörte. Im Vergleich dazu galt Lassalles Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein als eher revolutionär. Erst später wandte sich Bebel dem Sozialismus zu. In Frankreich waren die Possibilisten lange vor Bernsteins Revisionismus aktiv. Auch die Politisierung der englischen Arbeiterbewegung um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert müsste man, folgte man Lahmes Begrifflichkeit, als „reformsuchend“ bezeichnen.

In Dänemark gab es, so gesehen, programmatisch nichts zu revidieren. Hier begann früh der Kampf um einen bürgerlichen Wohlfahrtsstaat unter zunächst untergeordneter, dann führender Beteiligung der Sozialdemokratie. Das Ergebnis – nicht nur in Dänemark, sondern auch Schweden, Norwegen und Finnland – galt später, im 20. Jahrhundert, vielerorts als ein attraktives Modell.

Hans-Norbert Lahme behandelt Petersen und Trier mit Respekt und Interesse, hält aber den Kurs Knudsen – bei aller Kritik an dessen rüden Methoden in der innerparteilichen Auseinandersetzung – für durch den künftigen Gang der Geschichte gerechtfertigt. Seine Studie erhält – neben ihren Verdiensten um die Nachzeichnung von Entwicklungslinien der Geschichte der Arbeiterbewegung in Dänemark einschließlich der Episode Petersen/Trier – zusätzlich dokumentarischen Wert durch den Abdruck der Korrespondenz der beiden Gründer der RSAP.

Georg Fülberth

Marxismus bei der Arbeit

Georg Fülberth, Unter der Lupe. Analysen und Betrachtungen zum gewöhnlichen Kapitalismus, PapyRossa Verlag, Köln 2019, 200 S., 14,90 Euro

Zum 80. Geburtstag von Georg Fülberth haben der Verlag und Thomas Kuczynski eine Sammlung kleiner Artikel herausgegeben, die der Autor in den letzten zehn Jahren, beginnend Anfang 2008, in der Zeitschrift *lunapark – zeitschrift zur kritik der globalen ökonomie* veröffentlicht hat. Sie erschienen dort regelmäßig unter den beiden Rubriken „Sezier-tisch“ und „Lexikon“. Thomas Kuczynski begründet die erneute Veröffentlichung sowohl mit „unverminderter Aktualität“ als auch mit der „Machart der Artikel“. Dem ist uneingeschränkt zuzustimmen. Allerdings unterscheiden sich die beiden Rubriken: Während der „Sezier-tisch“ aktuelle Ereignisse kommentiert, liefert das „Lexikon“ theoretische Analysen zu zentralen Begriffen von Ökonomie und Politik.

Die 70 kurzen Beiträge können hier nicht im Einzelnen diskutiert werden. Daher soll nur auf zwei Konstanten hingewiesen werden, wobei schon diese aufschlussreich sind für die Position des Autors: Für ihn sind Ökonomie und Politik im Kapitalismus schon immer eng verbunden gewesen, auch wenn die Verbindung nicht immer so eindeutig ist wie z.B. im Fall der Debatten um Glyphosat, zu der Fülberth konstatiert: „Die Politik ist Befehlsempfängerin des Kapitals. Das war immer so“ (83) Er weiß natürlich, dass dies eine verkürzte Aussage ist, denn er hatte fast zehn Jahre zuvor, als es um „Leih-Beamte“

ging, d.h. um ‚Fachleute‘ aus der Wirtschaft, die (unentgeltlich) für Ministerien arbeiten, formuliert: „Im Kapitalismus wird Regierungshandeln immer mit den Interessen des Kapitals kompatibel sein. Doch der Durchgriff der Unternehmen auf die Politik ist von Land zu Land verschieden massiv und ist auch historischen Schwankungen unterworfen.“ (14)

Die zweite Konstante seiner Beiträge, und zwar in beiden Rubriken, ist der historische Ansatz. Tatsächlich ist z.B. die eher lahme Haltung einiger deutscher Gewerkschaften zu den Generalstreiks in Südeuropa gegen die Austeritätspolitik nur im Kontext der Verteidigung der deutschen „industriellen Sonderstellung“ verständlich, eine Haltung, die Gewerkschaften oft angenommen haben, seit es sie gibt (44). Marxismus, das machen Fülberths Beiträge deutlich, ist wesentlich eine historische Wissenschaft.

Wegen ihrer besonderen Aktualität möchte ich an dieser Stelle jene Artikel aus den Jahren nach 2015 hervorheben, die sich mit dem Migrationsthema und den politischen Folgen befassen, wie z.B. „Tunnelblick“ oder zum „Fall Reil“, in dem über einen zur AfD übergelaufenen Sozialdemokraten und dessen Motive berichtet wird (72 ff.) Für eine realistische linke Perspektive zur Migration, die sich von jeder Art von Moralisererei freimachen müsste, finden sich in diesen Beiträgen wichtige Anregungen. Wäre die gesellschaftliche Linke, ob parteiförmig organisiert oder nicht, von Anfang an mit so nüchternen und realistischen Positionen wie denen von Fülberth an dieses Thema herangegangen, AfD und Grünen wäre es schwergefallen, die politische Mei-

nungsführerschaft in den entsprechenden Debatten zu monopolisieren. Liefern die Artikel des „Seziertischen“ dem heutigen Leser eine prägnante Übersicht über die prägenden wirtschaftlichen und politischen Ereignisse seit dem Ausbruch der Finanzkrise, so tragen die Beiträge des „Lexikons“ zum Verständnis und zur Weiterentwicklung marxistischer Grundbegriffe bei. Das Buch eignet sich zum selektiven Lesen: Man findet fast zu jedem aktuellen Problem anregende und zugespitzte Analysen, die man in wenigen Minuten lesen kann.

Jörg Goldberg

Orientierung im System globaler (Un)Ordnung

Claudia von Braunnmühl / Heide Gerstenberger / Ralf Ptak / Christa Wichterich (Hrsg.), ABC der globalen (Un)Ordnung – Von „Anthropozän“ bis „Zivilgesellschaft“. VSA: Verlag, Hamburg 2019, 263 Seiten, 12,00 Euro.

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen.“¹ Mit diesen Worten beschreibt Karl Marx im Manifest der Kommunistischen Partei die Morgenstunden einer neuen „Entwicklungsphase des Kapitalismus“² und dessen immanenter Logik

zur Expansion“ (106). Gut 150 Jahre später wird deren Elaboration als *Globalisierung* bezeichnet: Dabei umfasst die neue Qualität des Kapitalismus nicht nur territoriale Expansion, sondern impliziert die weltweite Unterwerfung von Kultur, Wissen, Bildung, öffentlichen Gütern, menschlichem Körper und der Natur unter die Kapitalverwertung (ebd.). Wurde der Prozess einst als klassenübergreifende „win-win-situation“ deklariert, so zeigt sich spätestens seit der Finanzkrise 2008, dass aus dem vermeintlich globalen Wohlfahrtsversprechen eine Welt der globalen (Un)Ordnung geworden ist.

Mit dem Ziel, den gegenwärtigen neoliberalen Charakter der Globalisierung und die daraus resultierenden Veränderungen analytisch zu erfassen, legen die Herausgeber*innen aus dem Wissenschaftlichen Beirat von Attac mit dem *ABC der globalen (Un)Ordnung* ein globalisierungskritisches Handbuch vor. Der Nachfolger des im Jahr 2005 erschienenen *ABC der Globalisierung* umfasst 263 Seiten, auf denen sich 114 Autor*innen mit 126 Stichwörtern auseinandersetzen, diese erläutern, historisch nachzeichnen und kritisch hinterfragen. Als politische Orientierungspunkte erfassen die behandelten Begriffe sowohl die Sphäre der Ökonomie und Ökologie, als auch die des Sozialen, der Kultur und der Politik; zudem beleuchten die Autor*innen makroperspektivisch deren Verflechtungen im *Finanzmarkt-Kapitalismus*.

Die Krise des Fordismus in den 1970er Jahren mit den daraus resultierenden Folgen — Erosion des *Sozialstaats*, wirtschaftspolitische *De-regulierung*, Liberalisierung der Fi-

¹ K. Marx/Fr. Engels, Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW 4, S. 465.

² Kursiv gesetzte Begriffe werden im Handbuch explizit auf jeweils zwei Seiten erläutert und diskutiert.

nanzmärkte, Rekommodifizierung der *Arbeit* — kann als Initialzündung der finanzkapitalistischen *Landnahme* begriffen werden (184 f.). Der „neue Typus der kapitalistischen Gesellschaftsformation“ (76) zeichnet sich v. a. dadurch aus, dass marktbegrenzende Institutionen und dekommodifizierte Felder okkupiert werden, die Finanzmärkte einen dominanten Einfluss auf die Unternehmenssteuerung ausüben und der Shareholder-Value zur zentralen Direktive avanciert. Darüber hinaus wird die subalterne *Klasse* ihres Sozialeigentums enteignet und die öffentliche Daseinsvorsorge sowie kollektivistische Solidarsysteme privatisiert und individualisiert (227). Mit dem Einzug der Shareholder-Value-Orientierung in Unternehmen bekommt die Ware Arbeitskraft außerhalb der Normalbeschäftigung das Liquiditätsprinzip aufgedrückt und erfährt zwecks Profitmaximierung und Mehrwertabschöpfung eine zunehmende *Flexibilisierung* sowie *Prekarisierung*. Im Kontext der gegenwärtigen digitalen Transformation zur *Industrie 4.0* wird das Regime der Unsicherheit durch die *Digitalisierung* von *Arbeit* und deren Vermittlung über digitale Plattformen zusätzlich verschärft (40, 44, 128, 182).

Auf den Finanzmärkten gilt derweil die Losung, mit Kapitalanlagen und dem (Hochfrequenz-)Handel von Wertpapieren aus Geld unmittelbar mehr Geld zu schöpfen (G–G’), anstatt der Verwertungslogik klassischer Produktionsökonomie zu folgen (G–W–G’) (78). „Diese Tendenz zur Herauslösung des wirtschaftlichen Handelns aus sozialen Kontexten, die

Fokussierung seiner Ziele auf Profit und *Wachstum* bei gleichzeitiger Indifferenz gegenüber sonstigen Zielen, diese Selbstzweckhaftigkeit des Kapitalismus haben mit der Finanzialisierung, dem Aufstieg des Finanzmarkt-, Finanz- oder Investorenkapitalismus ein Ausmaß erreicht, das dem System eine neue Qualität gibt und es vor neue, bisher ungelöste Probleme stellt“ (77, H.d.V.).

Faktisch manifestieren sich die Probleme in sozio-ökonomischen, sozio-ökologischen, kulturellen und politischen Verwerfungen, die im Großen das Leben der subalternen Klasse maßgeblich bestimmen. Bisweilen sind vor allem im globalen Süden die direkten Auswirkungen des *Klimawandels* und des *Biodiversitätsverlusts* unmittelbar zuspüren, wohingegen der globale Norden mittelbar von den Folgen der Klimakrise betroffen ist. Kulturelle, politische und sozio-ökonomische Krisen sind schon jetzt ubiquitär und äußern sich u. a. im Erstarren *autoritär-nationalistischer* sowie *rechtspopulistischer* Kräfte (22, 170, 202). Nichtsdestotrotz beweist das *neoklassische* Dogma des vollkommenen Marktes eine erstaunliche Widerstandskraft: Indem er sämtliche Komplexität auf den Schnittpunkt von Angebot und Nachfrage reduziert, legitimiert der Markt Deregulierung, Ungerechtigkeit sowie soziale Spaltung mit der effizienten Verteilung von Ressourcen und der vermeintlichen Maximierung globaler Wohlfahrt (174 f., 94, 42).

Doch auch für das neue Handbuch der Globalisierungskritik gilt: „Eine andere Welt ist möglich“ (10). In der Auseinandersetzung mit Konzepten wie *BuenVivre*, *Commons*, *Feminis-*

mus, der *Finanztransaktionssteuer*, *Gender*, *Green Economy*, *Grundeinkommen*, *Gute Arbeit*, *Solidarische Ökonomie* und schließlich der *Sozial-ökologischen Transformation* beleuchten die Autor*innen *soziale (Gegen-)Bewegungen* und geben neue Denkanstöße, die im Angesicht der zunehmenden globalen (Un)Ordnung Mut zur Hoffnung geben. Jedoch bleibt die Qualität des *Neoliberalismus* unbeantwortet: Betrachtet man mit Gramsci den globalen Neoliberalismus als hegemonial, so ist zu befürchten, dass punktuell geübte Kritik der krisenhaften Auswüchse des Kapitalismus an der Festung zivilgesellschaftlichen Konsens‘ zerschellen und in einer weiteren „passiven Revolution“ münden, welche das System höchstens in seinem Charakter ändert, jedoch nicht dessen immanente Spielregeln, manifeste Strukturen und Klassenverhältnisse, revolutioniert. Demnach gilt es viel mehr in Form einer kulturellen Gegenhegemonie „diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen [zu, ML] zwingen, daß man ihnen ihre eigene Melodie vorsingt“³, um schließlich den Kapitalismus in seiner Gänze infrage zu stellen.

Das *ABC der globalen (Un)Ordnung* bietet eine solide, differenzierte und facettenreiche Analyse der Globalisierung und gibt einsteigenden sowie fortgeschrittenen Rezipient*innen Orientierungspunkte sowie Anregungen zur vertiefenden Lektüre. Darüber hinaus genügt es nicht nur seinen eigenen Ansprüchen als Nachschlagewerk, sondern zeichnet

mit der wechselseitigen Verknüpfung der Begriffe ein schematisches Abbild der globalen Entwicklungsdynamik. Angesichts zunehmender Komplexität der Welt verspricht das Handbuch klarer zu sehen, statt vollends zu kapitulieren.

Maurice Laßhof

Kapitalismus und Globalisierung

Georg Auernheimer, *Globalisierung*, PapyRossa-Verlag. *Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie*, Köln 2019, 131 S., 9,90 Euro

Der Autor des in der renommierten Reihe „Basiswissen“ des PapyRossa-Verlags erschienenen Bands ist Erziehungswissenschaftler, vor allem auf dem Gebiet interkultureller Beziehungen gut ausgewiesen. Seine Einführung zeichnet sich durch eine klare Struktur, eine verständliche Sprache und eine Fülle von Sachinformationen aus. Sie erfüllt damit alle Anforderungen, die an eine als „Basiswissen“ bezeichnete Veröffentlichung zu stellen sind. Trotzdem sind gegen die Arbeit konzeptionelle Einwände zu erheben, auf die im Laufe der Rezension einzugehen ist.

Im ersten der sieben Kapitel gibt der Autor einen historischen Überblick: Von „Globalisierung“ könne etwa seit 1500 gesprochen werden, seit der Entdeckung Amerikas und des Seewegs nach Indien. Die Periode bis zum Beginn des Industriekapitalismus wird als „Proto-Globalisierung“ bezeichnet. Die „Globalisierung im eigentlichen Sinn“ beginnt Mitte/Ende des 18. Jahrhunderts (14/15). Der Autor konzentriert sich auf die Periode

³ K. Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in: MEW 1, S. 381.

nach 1990, die durch das Verschwinden der Sowjetunion, die Durchsetzung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) und den Neoliberalismus gekennzeichnet ist. Deren Hauptmerkmale werden im zweiten Kapitel beschrieben: „Kennzeichen der Globalisierung im heutigen Stadium sind die Produktionsverflechtungen.“ (32/33) Fragwürdige theoretische Kernaussage: „Globalisierung ist mit der Entwicklung des Kapitalismus gleichzusetzen.“ (15) Damit verwickelt sich der Autor in Widersprüche, denn natürlich – worauf er selbst hinweist – kennt die Geschichte des Kapitalismus Perioden der „De-Globalisierung“ wie in der Zwischenkriegszeit (25). Und aktuell wird – im Zeichen drohender Handelskriege – zumindest eine Stagnation im Prozess der internationalen Produktionsverflechtungen konstatiert (51).

Im dritten Kapitel fragt der Autor, inwieweit die „Ungebundenheit des Kapitals“ die politischen Handlungsspielräume der Staaten untergraben hat. Mit Habermas behauptet er: „Die lähmende Aussicht, dass sich die nationale Politik im Zukunft auf das mehr oder weniger intelligente Management einer erzwungenen Anpassung an Imperative der ‚Standortsicherung‘ reduziert, entzieht den politischen Auseinandersetzungen den letzten Rest von Substanz.“ (64) Leider vergisst der Autor hinzuzufügen, dass die Durchsetzungsfähigkeit „nationaler Politik“ der USA anders zu bewerten ist als jene Deutschlands, und diese wieder anders als die Griechenlands.

Das vierte Kapitel befasst sich mit der „globalisierten Landwirtschaft“, ein Aspekt, der im Kontext von Globalisierung – zu Unrecht – oft nicht

wahrgenommen wird. Im fünften Kapitel werden die EU und die wichtigsten supranationalen Organisationen – OECD, Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfonds/Weltbankgruppe und die Vereinten Nationen mit ihren Unterorganisationen – differenziert dargestellt. Während die UN als „machtlose Weltmacht“ geschildert wird, gilt für die anderen: „Vier supranationale Organisationen und Institutionen bestimmen heute in vielen Bereichen die globale Entwicklung.“ Ob es sich dabei um echte Supranationalität handelt ist zweifelhaft, denn: „Aufgrund ihrer Wirtschaftsmacht nehmen die reichen Staaten, allen voran die USA, eine hegemoniale Stellung ein.“ (87) Dass sich die USA souverän über internationale Regeln hinwegsetzen können wird aktuell eindringlich demonstriert.

Die Tendenz des Autors, Globalisierung mit Bedeutungslosigkeit von Nationalstaaten zu verwechseln – waren es doch mächtige Nationalstaaten, die die Globalisierung vorantrieben – führt im sechsten Kapitel über den „Klassenkampf auf ganzer Breite“ zu Ratlosigkeit: So meint der Autor, dass sich „der Klassenkampf, wie er früher im nationalen Rahmen ausgetragen wurde“ inzwischen in eine Vielfalt von Konflikten aufgelöst habe (95), was einem sehr engen Begriff von Klassenkampf entspricht. Die Träger des Klassenkampfes – der ja nicht mehr national sei – verschwinden im Ungefähren. Diskutiert der Autor noch die Frage, ob sich inzwischen eine „Transnationale Kapitalistenklasse“ (TCC) herausgebildet habe (95/96), so scheint das für die Lohnabhängigen kein Thema zu sein: An-

sätze wie das Weltsozialforum oder der 2006 gegründete Internationale Gewerkschaftsbund bilden keine wirkliche Gegenkraft gegen das internationalisierte Kapital. Dass nationale Klassenkämpfe eine Sache der Vergangenheit seien wird vom Autor selbst in seinem gelungenen siebten Kapitel über „China – die zukünftige Hegemonialmacht?“ ad absurdum geführt. Völlig zutreffend schildert er nicht nur, dass „die chinesische Arbeiterschaft die ‚streikfreudigste der Welt‘ sei“ (117), er zeigt darüber hinaus, dass diese Konflikte Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung Chinas sind. Die Problematik, dass sich Klassenkämpfe immer noch weitgehend (wenn auch nicht ausschließlich) an nationalen Konflikten entzünden, während das Kapital international agiert, kann der Autor daher nicht diskutieren, weil er erstere als Angelegenheit der Vergangenheit betrachtet.

So hoch der Informationswert des Buches ist, so fragwürdig das kapitalismustheoretische Konzept, in das der Autor seine Darstellung einordnet. Kapitalismus ist mehr als räumliche Expansion, es ist vor allem die ständige Umwälzung der Produktionsmethoden, die Globalisierung – was der Autor im Einzelfall gut beschreibt – erst möglich macht. In seiner Einleitung referiert er völlig kritiklos Rosa Luxemburg, die in ‚Die Akkumulation des Kapitals‘ die Ansicht vertrat, der Kapitalismus als System könne nur funktionieren, indem er sich nichtkapitalistische Räume unterwirft. „Aber die räumliche Ausdehnung“, stimmt Auernheimer zu, „ist letztlich unverzichtbar, um neue Welten der Inwertsetzung zu öffnen.“ (9) Ganze

Bibliotheken wurden geschrieben, die Luxemburg nachgewiesen haben, dass ihre Ansicht, einen ‚reinen‘ Kapitalismus könne es nicht geben, auf einer falschen Interpretation der methodischen Stellung der marxischen Reproduktionsschemata im zweiten Band des ‚Kapital‘ beruht. Dass Auernheimer die Luxemburg’sche Position ohne Verweis auf diese ausgedehnten Debatten als theoretische Grundlage seiner Arbeit benutzt ist schon erstaunlich. Konsequenterweise kommt er in seiner Schlussbetrachtung – wieder unter Verweis auf Luxemburg – zur Ansicht, der Kapitalismus als Weltsystem sei an absolute Grenzen gestoßen (124). Das aber wäre zu diskutieren – Luxemburgs Begründung ist dazu allerdings ungeeignet.

Jörg Goldberg

Zukunft der Nation und des Nationalstaats

Alfred Kosing, Haben Nation und Nationalstaat eine Zukunft? Ein Beitrag zur Erneuerung der marxistischen Nationstheorie. Verlag im Park Berlin 2019, 746 S., 25,00 Euro

Vorgelegt wird hier das voluminöse Resümee von Forschungen Kosings von Anfang der 60er Jahre, Mitte der 70er Jahre bis zur Gegenwart, an dem künftig niemand vorbeikommen wird, der sich mit dem Thema Nation und Nationalstaat beschäftigt. Ausführlich geht er auf die Nationalismus-Forschung ein, nennt seine Vorbehalte, weiß aber zugleich deren produktive Ansätze zu würdigen.

In der über einhundert Seiten umfassenden Einführung wird ein Überblick über die Theoriegeschichte vermittelt.

Kosing sieht wenig Sinn darin, in dogmatischer Weise an den Anfang eine bestimmte Definition der Nation zu setzen, um dann von diesem „Modell“ deduktiv weitere Folgerungen abzuleiten. Eine so komplizierte und vielschichtige soziale Erscheinung wie die Nation, die in recht unterschiedlichen Ausprägungen existiert und sich außerdem in ständiger historischer Entwicklung befindet, könne schwerlich in eine knappe Definition gezwängt werden. Nicht ohne Grund habe Friedrich Engels festgestellt, dass alle Definitionen wissenschaftlich von geringem Wert sind, wenn sie auch für den Hausgebrauch nicht ganz zu entbehren und sehr bequem seien. Doch sei mit einer Definition nicht viel anzufangen, wenn es um ein möglichst allseitiges und wissenschaftlich begründetes Verständnis der Nation, ihrer Entstehung, ihres Wesens und ihrer Struktur und Entwicklung geht. Der beste Zugang zu einem richtigen Verständnis der Nation als einer gesellschaftlichen Erscheinung sei zu gewinnen, wenn der geschichtliche Prozess ihrer Entstehung und Entwicklung im Zusammenhang mit den bereits vorhandenen historischen Voraussetzungen und zugleich in der Wechselwirkung mit den wichtigsten Faktoren der Gesellschaftsentwicklung analysiert wird. Ein solches Herangehen entspricht den Forderungen der dialektischen Methode und sei am besten geeignet, Einseitigkeiten und Verabsolutierungen zu vermeiden.

Um den realen Entstehungsprozess der Nation zu verstehen, sei es unbedingt erforderlich, zu verfolgen, wie dafür historische Voraussetzungen im Prozess des Zerfalls der feudalen Gesell-

schaftsformation und der gleichzeitigen Herausbildung von Elementen der bürgerlichen Gesellschaftsformation entstehen. Dieser Übergang zu einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation sei mit vielen Veränderungen sowohl des materiellen wie auch des geistigen Lebens der Menschen verbunden.

Der geschichtliche Prozess der Auflösung der feudalen Gesellschaft und der gleichzeitigen Entstehung von Elementen der bürgerlichen Gesellschaft erfolgte erstmalig in einigen Staaten Westeuropas, die an den Küsten des Atlantik lagen: in England, in den Niederlanden, in Frankreich und in Spanien. Länder wie Deutschland und Italien, die staatlich sehr zersplittert waren, folgten erst später. In den westeuropäischen Staaten sieht Kosing die Geburtsstätte der modernen Nationen, da in ihnen die Voraussetzungen dafür am weitesten entwickelt waren. Der Feudalismus in Westeuropa profitierte vom Erbe der antiken griechisch-römischen Kultur. Dank der christlichen Klöster übernahm er Kenntnisse und technische Fähigkeiten, die für den Erhalt und die Entwicklung der Produktivkräfte wichtig waren. Im Unterschied zu Westeuropa blieben die mehr stationären feudalen Gesellschaften des Nahen Orients zurück. Sie hatten als unmittelbare Erben der Antike anfangs bedeutende kulturelle Vorteile. Jedoch wurde der zunächst tolerante und der Wissenschaft förderliche Islam zunehmend dogmatisiert und so zu einem Hemmnis weiteren Fortschritts nicht nur der Wissenschaft, sondern auch der Gesellschaft, weshalb in dieser Region eine lange Stagnation zu verzeichnen war. Kosing benennt für Europa die Reformation als einen weiteren wichti-

gen Faktor. Sie brach als Bestandteil einer frühbürgerlichen Revolution nicht nur das geistige Monopol der römisch-katholischen Kirche, sondern stellte auch die Autorität des religiösen Glaubens und die Legitimität der angeblich göttlichen Ordnung zunehmend in Frage, wodurch die europäische Aufklärung möglich wurde.

Kosing weist darauf hin, dass der Begriff der Nationalität, der von „Nation“ abgeleitete wurde, in der Literatur in unterschiedlicher Weise verstanden wird. Er lässt Argumente für oder gegen eine bestimmte Verwendung des Begriffes Nationalität gelten, möchte aber wenn dieser Begriff im Zusammenhang mit der Theorie der Nation gebraucht wird, dass er dann eindeutig nach Inhalt und Umfang bestimmt und stets in konsistenter Weise verwendet wird. Sein Vorschlag lautet:

Erstens Nationalität als Bezeichnung für eine geschichtlich gewordene Einheit, welche die Vorstufe der Nation bildet, aus der diese in der Regel hervorgeht.

Zweitens als Bezeichnung für die ethnische Charakteristik einer bestimmten sozialen Einheit – einer Bevölkerungsgruppe, einer Völkerschaft oder auch der Nation.

Es spricht viel für Kosings Vorschlag. In Großbritannien ging die Nation auf der Basis einer größeren oder politisch aktiveren Nationalität aus weiteren Nationalitäten hervor (Engländer, Waliser, Schotten und Nordiren). Ähnlich war das in Frankreich (Provençalen, Bretonen, Burgunder, Korsen, Elsässer und andere). Es war aber auch möglich, dass aus einer größeren Nationalität mehrere Nationen entstanden, wenn sich Randteile von ihr lösten, sich ver-

selbständigten und eine eigene Nation bildeten wie etwa die Niederländer oder die Österreicher oder ein Teil der Schweizer, die zunächst alle deutschen Ursprungs waren.

Eine Ausnahme stellt die Bildung der nordamerikanischen Nation dar. Sie entstand auf dem Territorium englischer Kolonien mit einer buntscheckigen Bevölkerung aus Einwanderern vieler Länder und Kontinente. Zahlreiche Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft verschmolzen in einem „meltingpot“ allmählich zu einer neuen Nation, wobei die der Anteil der englischsprachigen Bevölkerung dominierte.

Kompliziert gestaltete sich die deutsche Nationsbildung. Hier war durch die Eroberung Norditaliens und die Verbindung mit dem Vatikan das „Heilige Römische Reich“ entstanden, dessen Bezeichnung später durch den Zusatz „deutsche Nation“ ergänzt wurde. Dieses Reich bestand am Ende aus 360 Einzelstaaten – aus Königreichen, Großherzogtümern, Herzogtümern, kleineren Fürstentümern und unabhängigen „freien Reichsstädten“. Nach dem Ende des Heiligen Römischen Reiches im Jahre 1806 mit der Niederlegung der Kaiserkrone durch Kaiser Franz II. trat der „Deutsche Bund“ an seine Stelle. Nun entstand der Dualismus zwischen Preußen und Österreich, die innerhalb dieses Bundes um die Vormacht kämpften, aber nicht um die nationale Einheit. Diese Situation führte in der Folgezeit dazu, dass schließlich Preußen in die Rolle der Staatsmacht gedrängt wurde, welche sich an die Spitze der nationalen Einigungsbewegung stellte, obwohl die preußische Königsmacht daran weniger interessiert war als an der Er-

oberung und Annexion neuer deutscher Territorien, um Preußen größer und mächtiger zu machen.

Kosing, der sich auf die Analysen von Marx und Engels sowie Lenin stützt, verdeutlicht zugleich, dass neuere Entwicklungen damit nicht ausreichend analysiert werden können. Zu ihren Lebzeiten war Österreich noch ein deutscher Staat, nach dem zweiten Weltkrieg jedoch hatte sich in diesem Land die österreichische Nation geformt. In Osteuropa und Südosteuropa setzten die Nationsbildungsprozesse auch vergleichsweise spät ein. Kosing geht darauf ausführlich im Vierten Kapitel ein. Solche Faktoren, die im Werdgang der Nationen eine hervorragende Rolle spielten wie das Ethnische und die Religion werden in weiteren Kapiteln ausführlich analysiert. Von hoher aktuell politischer Bedeutung sind seine Untersuchungen zum Thema „Europäische Union und die Nationen“ im siebten Kapitel. Die nationale Problematik im Nahen Osten, einschließlich der Afrikas, Israels, Türkei und Lateinamerikas spielt abschließend eine Rolle.

Kosing begibt sich mit seinen Studien auf Neuland. Er fordert in anregender Weise zur Diskussion heraus. Sein im Titel erhobener Anspruch, einen Beitrag zur Erneuerung der marxistischen Nationstheorie zu leisten, ist vollaufberechtigt.

Siegfried Prokop

Hoffnung im Gefüge der Gegenwart

Thomas Metscher, Pariser Meditationen. Zu einer Ästhetik der Befreiung. Mangroven-Verlag, Kassel 2018, 533 S., 30,00 Euro

Der vorliegende Text ist eine Neuauflage des bereits 1991 erschienenen gleich lautenden Titels. Erfreulicherweise haben Autor und Verlag der Versuchung widerstanden, eine Überarbeitung vorzunehmen. Es wurden lediglich ein Vorwort zur Neuauflage sowie eine kurze Studie zu Schuberts *Winterreise* ergänzt. So entsteht bei der Lektüre der zwischen 1988 und 1991 geschriebenen Texte ein besonderer Reiz – nicht nur aufgrund des beachtlichen zeitlichen Abstands. Vor dem Erfahrungshintergrund der epochalen Umwälzungen, die seit dem Verschwinden des osteuropäischen Staatssozialismus Platz griffen, ergeben sich Leseerfahrungen zwischen Erinnerung, Analyse, Selbstvergewisserung, Interpretation von Gewesenen und Auslotung von zukünftig vielleicht Möglichem.

Auch jene, die mit den Arbeiten Thomas Metschers wohl vertraut sind, entdecken in den *Pariser Meditationen* viel Neues. Es handelt sich nämlich um eine Veröffentlichung, die nicht nur für den Autor, sondern, soweit ich sehe, überhaupt von der Form her einzigartig ist. Es finden sich „unterschiedliche Formen des Schreibens: Werkstudie, literar- und kunsthistorischer Essay, Interpretation und kritische Notiz, politische Analyse und Kulturkritik, ästhetische Theorie und philosophische Reflexion, politische Ethik und historisch-politische Kritik, Textformen lyrischen Sprechens nicht

zuletzt“ (25). Da sich neben lyrischen auch tagebuchartige Passagen finden, handelt es sich gewiss um Metschers persönlichste Publikation.

Der Band ist in zehn Teile gegliedert und dank eines ausführlichen Inhaltsverzeichnisses auch als Nachschlagewerk nutzbar. Dies betrifft insbesondere die Vielzahl von Interpretationen mehr oder minder bekannter Werke aus Literatur, Musik und den bildenden Künsten. Im Zentrum stehen Begriffe wie ‚Widerstand und Befreiung‘, ‚Weltgestaltung und Humanität‘, ‚Hoffnung und Revolution‘. Der Ausgang von Metschers Überlegungen ist immer der Mensch in seiner materiellen Verfasstheit. Sinnlich-praktische Tätigkeit wird im Rückgriff auf den jungen Marx nicht nur verstanden als notwendige Tätigkeit zur Sicherung des Überlebens, sondern fundiert einen Prozess der „Selbstschöpfung“, die „einen Akt des Freiwerdens bedeutet, ein Sichherausarbeiten aus naturhaften und gesellschaftlichen Zwängen auf das offene und ungewisse, stets gefährdete Ziel der Selbstbestimmtheit zu“ (59). Das Fundament dieser Tätigkeiten ist die menschliche Arbeit.

Der Produktion und Aneignung künstlerischer Werke kommt eine besondere Bedeutung zu. Nicht nur ermöglichen diese die Ausbildung und Entwicklung menschlicher Sinnlichkeit. Die Künste eröffnen auch besondere Zugänge zur gesellschaftlichen Wirklichkeit, stellen einen eigenen Weg der Wirklichkeitsaneignung dar. Metscher hat dieses Konzept der „ästhetischen Episteme“ in zahlreichen Veröffentlichungen ausgearbeitet und erläutert. Im vorliegenden Buch führt er anhand zahlreicher Interpretation

praktisch vor, wie die Beschäftigung mit Werken der Kunst ein tiefes Verständnis von Vergangenheit und Gegenwart, von Wünschen und Hoffen, aber auch von Scheitern, Leiden und Verzweifeln vermitteln kann.

Die Werke, die Metscher interpretierend erschließt, stammen zum Teil aus dem zeitlichen Umfeld der Französischen Revolution und ihrer Nachwirkungen, es finden sich aber auch zahlreiche Beiträge zu Künstlern des 20. Jahrhunderts (Weiss, Neruda, Petöfi, Rodin, Rilke). Immer wieder greift Metscher auf Shakespeare und auf Goethe zurück, um sein Konzept der Ästhetik der Befreiung interpretierend zu untermauern. Es ist ein großes Vergnügen, an Metschers philologisch akkuraten Aneignungen der Einzelwerke teilzuhaben. Deutlich wird dabei aber auch, dass die Erschließung des kulturellen und künstlerischen Erbes nicht zum Nulltarif zu haben ist – gefordert ist ein wacher Geist, die Bereitschaft, gewohnte (Denk-)Bahnen zu verlassen und so „die Entwicklung eines experimentellen Denkens“ überhaupt erst zu ermöglichen (19) und so „mit dem Wissen der Vergangenheit ausgerüstet Wege in die Zukunft zu suchen“ (ebd.).

Als der Band 1991 erschien, war der osteuropäische Sozialismus bereits Geschichte. Die Claqueure des Kapitals räsionierten über das Ende der Geschichte, Marx galt vielen als ‚toter Hund‘. Aus den Erfahrungen mit der Sowjetunion und anderen Staaten zogen viele ehemalige UnterstützerInnen den Schluss, dass Sozialismus nicht mehr auf der Agenda steht, die Zukunft im Kapitalismus liegt. Den Anschein, als würde der „Kapitalismus die Bedürfnisse der Menschen

weltweit befriedigen“ kommentiert Metscher so knapp wie deutlich: „Nichts stimmt weniger als das.“ (47) Aber er verschließt sich auch nicht der Einsicht, dass die sozialistische Revolution von 1917 und ihre Folgen eben nicht „einen Transformationsprozess auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Seins“ (21) hervorbrachte. Der Autor selbst sieht sich in dieser Zeit als „schwankend zwischen DKP-Orthodoxie und eurokommunistischer Revision“ (432). Er hält aber unerschütterlich fest an der Einsicht, dass wirkliche Freiheit und Menschwerdung im Rahmen der bestehenden Kapitalverhältnisse unmöglich sind und nur durch eine grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft zu erreichen. Diese „Umgestaltung (kann) nicht mehr in der Form der unmittelbaren Gewalt erfolgen“ (ebd.).

Der Blick in den Neunten Teil des Bandes erlaubt es, die Position des Autors in der Zeit des Epochenumbuchs vor ca. 30 Jahren deutlicher zu bestimmen, als Metscher es in den *Pariser Meditationen* selbst tut – und so sein Konzept der ästhetischen Episteme gleich auszuprobieren. Die Formulierung „Meditative Einblicke“ (481) korrespondiert mit dem „Vorwort zur zweiten Auflage“, wo es heißt „Textformen lyrischen Sprechens“ (25). Metscher ist hier zu bescheiden, um von Lyrik zu sprechen. Vielleicht schreckt er davor zurück, weil er nicht den Eindruck erwecken möchte, seine Gedichte mit den im Buch vorgestellten Gedichten von Goethe, Neruda, Rilke, Shelley und anderen Granden auf ein Stufe zu stellen. Es handelt sich aber der Form wie dem Inhalt nach eindeutig um Gedichte. Es findet sich sogar ein

Langgedicht mit dem Titel „Nachdenken über Kommunismus“ (481 - 493). In diesem Gedicht bezieht Metscher sehr klar Position: „Die Roten Khmer/ nennen sich Kommunisten./ Sie haben eine Wüstenei hinterlassen./ Wo sie waren,/blieb eine Blutspur/ ... / Der Schlächter Ceausescu/ nennt sich einen Kommunisten./ ... /während er die Dörfer Rumäniens/ plattwalzen ließ./ ... / Der Diktator Stalin war Kommunist./ ... / Wie kann jemand wie ich,/ dem ein Toter schon zuviel ist für ein fernliegendes Ziel/ ... / sich Kommunist nennen./ wenn Stalin es war? (482 – 484 passim). Hier gibt es kein „schwankend“, hier wird eindeutig Position bezogen.

In diesem Langgedicht fordert Metscher ein, was er im Achten Teil des Bandes (Hoffnung im Gefüge der Gegenwart) theoretisch herleitet: eine Umgestaltung der Gesellschaft im Interesse der Menschen, eine „Fundierung der Politik auf Ethik“ (479), die universelle Geltung der Menschenrechte. Er erwähnt hier ausdrücklich auch das „Recht auf Frieden und Bewahrung der Natur“ (471). Der Fünfte Teil des Bandes zeigt überdeutlich, dass die Möglichkeit des Scheiterns von Metscher immer mitgedacht wird.

Auch wenn es im Buch nicht explizit gemacht wird: Der Autor sieht keine Alternative zum Kampf um Fortschreiten und Sozialismus. Das Erbe der Revolutionen und der Aufklärung ist nicht nur zu verteidigen, sondern voranzubringen. Aus der Vergewisserung über vergangene Kämpfe, aus dem Gedenken an die Opfer, aus den Erfolgen, mehr noch aus den vielen Niederlagen ergibt sich die Notwendigkeit der Fortsetzung des Kampfes. Genauso

deutlich benennt Metscher das Ziel – es heißt Sozialismus. Was das sein soll, konnte oder wollte der Verfasser nicht konkret bestimmen. Er benennt aber „Gesichtspunkte zur Idee der neuen Kultur (468 – 479), die als unveräußerliche Leitlinien für jede zukünftige Gesellschaft gelten müssen, die einen sozialistischen Anspruch erhebt.

Dass den Künsten im Rahmen dieses Projekts eine besondere Rolle zuge-dacht ist – „die Künste als unausschöpfbares Reservoir schöpferischer Lebensgestaltung, menschlicher Sinnfindung und unversiegbare Quelle geistiger Lust“ (478) – wird Metschers Leser nicht überraschen. Er hat diese Rolle ja in zahlreichen Publikationen immer wieder eindrucksvoll dargestellt.

Bis es soweit ist leisten die *Pariser Meditationen* über die oben genannten Wirkungen hinaus noch ein zusätzliches: Sie bieten, vermittelt durch Literatur, Musik und Malerei, Hoffnung und Trost, Freude und Zuversicht.

Edgar Radewald

Allgegenwärtig und gefährlich: Die fdGO

Sarah Schulz, Die freiheitliche demokratische Grundordnung. Ergebnis und Folgen eines historisch-politischen Prozesses, Velbrück Wissenschaft, Weilerswist 2019, 401 Seiten, 49,90 Euro

Für viele Linke ist der Begriff „freiheitliche demokratische Grundordnung“ (fdGO) ein politischer Kampfbegriff der herrschenden Eliten. Betrachtet man die Berufsverbote der siebziger und achtziger Jahre, die Beobachtungs- und Überwachungspraxis

der Verfassungsschutzämter oder die Denunziation linker Politik mit Hilfe des Begriffs der fdGO, erscheint diese Einschätzung sehr berechtigt. Aber was genau ist die fdGO und wie konnte sie zu einem derart elementaren Bestandteil der politischen Öffentlichkeit in Deutschland werden? Diesen Fragen geht Sarah Schulz in ihrer 2019 veröffentlichten Dissertationsschrift nach. Sie arbeitet die historischen, politischen und juristischen Hintergründe der fdGO heraus, greift dazu verschiedene, bereits vorliegende Analyseansätze auf und entwickelt diese weiter, um sowohl Genese als auch Einfluss der fdGO in einer interdisziplinären „Gesamtschau“ (28) zu erörtern.

Zunächst kontextualisiert Schulz die fdGO mittels verschiedener theoretischer Zugänge, wobei die Ansätze von Johannes Agnoli, Louis Althusser, Antonio Gramsci, Herbert Marcuse und Ingeborg Maus besondere Aufmerksamkeit erfahren. Dabei arbeitet sie heraus, wie die durch kapitalistische Vergesellschaftung entstehenden Widersprüche in der Gesellschaft partiell harmonisiert werden. Dies gelinge (wenn auch nur teilweise) durch die Etablierung eines Rechtssystems innerhalb eines Staates und durch die Herstellung von Hegemonie – insbesondere durch Klassenkompromisse. In der bürgerlich-liberalen Demokratie der BRD limitiere die „wehrhafte Demokratie“ und damit in Verbindung stehend die fdGO zusätzlich den Diskurs, sofern politische Kräfte den Status Quo zu bedrohen scheinen. Politisches Handeln werde somit durch den Staat einerseits gewährt und andererseits begrenzt.

Der Ursprung der fdGO, so Schulz, sei in den Deutungsdebatten um das

Scheitern der Weimarer Republik zu suchen, denn ohne diese Debatten seien die rechtlichen „Weichenstellungen der ‚wehrhaften Demokratie‘“ (83) nicht zu verstehen. Eines der Deutungsangebote lasse sich aus kritischem Blickwinkel als „Legalitäts-Legende“ (360) bezeichnen. Nach dieser Legende sei die Machtübernahme der Nazis auf legalem Wege geschehen. Schulz arbeitet jedoch deutlich heraus, dass die benannte Legende „Teil nationalsozialistischer Propaganda“ und „keine Realität“ (107) gewesen sei. An vielen Stellen sei durch die Nationalsozialisten gegen geltendes Recht der Weimarer Republik verstoßen worden, was insbesondere jedoch durch die Justiz nicht konsequent geahndet worden sei. Dies habe sich mit einer weiteren Problematik verbunden: die antipositivistische Rechtstradition. Nach diesem Verständnis bedürfe Recht einer überpositiven, nicht in geschriebenem Gesetz fixierten Legitimierung und böte somit die Möglichkeit, Recht einseitig auszulegen – in Bezug auf die Weimarer Republik antikommunistisch und den Nationalsozialisten gegenüber wohlgesonnen. Dies habe den Nazis den Weg geebnet.

Dennoch habe die „Legalitäts-Legende“ in den Jahren nach 1945 zunehmend an Bedeutung gewonnen, ebenso wie der Antipositivismus, was nicht zuletzt auf die Wiedereinstellung zahlreicher Funktionseleiten des NS-Regimes zurückgehe. Folgt man der benannten Legende und daraus resultierenden Schlüssen für die Etablierung einer Demokratie, bedürfe es einer „wehrhaften Demokratie“, die nicht nur die Legalität, sondern auch die Legitimität politischen Handelns

in den Blick nehme, um einer vermeintlich erneuten „legalen“ Machtübernahme „extremistischer“ (dieses Wort habe sich erst später im Diskurs etabliert) Gruppen vorzubeugen. Dementsprechend folgert Schulz: „Materiale Rechtstaatskonzeption wird zum Schutz der Demokratie selbst, obwohl [diese] gerade am Untergang der Weimarer Republik beteiligt war“ (120).

Doch welches politische Handeln ist legal, welches dazu noch legitim und ab wann wird rechtlich oder exekutiv eine Grenze gezogen? An dieser Stelle kommt die fdGO ins Spiel. Zunächst erscheint sie als unbestimmter Begriff im Grundgesetz. Doch gänzlich unbestimmt war die fdGO nie. Dies legt Schulz in kleinen Schritten dar. Dazu betrachtet sie die Verfassungsgebungsprozesse in Bund und Ländern, die Entstehung unterschiedlicher Gesetzestexte, die Parteiverbotsurteile gegen SRP und KPD, das Verbotsverfahren gegen die NPD aus dem Jahr 2017 sowie Kommentarliteratur zum Grundgesetz. In ihren Analysen akzentuiert Schulz den prozesshaften Charakter der Implementierung und die teils heftigen und kontroversen Debatten um die Ausrichtung des Demokratieschutzes in der BRD. Auch wenn die fdGO heute zweifellos ein politischer Kampfbegriff ist, der von Beginn an durch antitotalitaristisches sowie antikommunistisches Denken geprägt gewesen sei, war und ist er in seiner verbreiteten Auslegung umstritten, aber dennoch (vorläufiges) Resultat von komplizierten Aushandlungsprozessen in Politik, Justiz und Öffentlichkeit. Die fdGO ist daher auch ein Abbild von Deutungskämpfen, die durch politisch-gesell-

schaftliche Kräfteverhältnisse unterschieden würden.

Prägendes Ereignis in der Genese der fdGO sei das Verbots-Urteil gegen die SRP durch das Bundesverfassungsgericht im Jahr 1952 gewesen. Hier definierte das Gericht in Anschluss an das zuvor erlassene „antikommunistische Strafrecht“ (234) die fdGO u.a. in antipositivistischer Tradition naturrechtlich und enumerierte verschiedene Prinzipien. Schulz stellt diesbezüglich fest, dass diese als „Begrenzung von Demokratie“ (211) und nicht als Schutz der Bürger*innen bspw. vor autoritärer Staatlichkeit und Einschränkung von Grundrechten angesehen werden müssten. Den Staat gelte es also zu schützen, nicht die Bürger*innen. Das KPD-Verbotsurteil habe diese Auslegung unterstrichen und sogar verschärft. Ferner sei hier zum ersten Mal höchstrichterlich die „wehrhafte Demokratie“ als Kernbestandteil des Grundgesetzes deklariert worden.

Schrittweise sei die fdGO zum zentralen Bezugspunkt für das Demokratieverständnis in der BRD geworden. Auch die Menschen in Deutschland akzeptieren mehrheitlich, so Schulz, dass sie „eine Gefahr für die Demokratie darstellen, nicht der Staat“ (356). Daher scheine es nicht verwunderlich, dass sich die fdGO-Formel schrittweise selbstständig habe und immer wieder die Legitimation für neue, unkontrollierte Handlungsspielräume der Exekutive bilde. Dies belegt Schulz u.a. anhand der Verfassungsschutzämter. Mithilfe des Extremismusansatzes bestimme der Verfassungsschutz als Institution der Exekutive eigenmächtig und ohne Mitwirkung der Justiz, welche Gruppen oder Einzelpersonen

„extremistisch“ seien, also nicht auf dem Boden der fdGO stünden. Die Auswirkungen dessen hätten sich u.a. bei den Berufsverboten der siebziger und achtziger Jahre in Folge des Radikalenerlasses gezeigt. Zunehmende Bedeutung habe laut Schulz ferner die „[p]otentielle Repression“ (355) erlangt, welche sich u.a. an den jederzeit aktivierungsfähigen Notstandsgesetzen zeigte. Mit der fdGO als Begründung könne der Grad an Repression jederzeit zunehmen.

Insgesamt verdeutlicht Schulz mindestens zweierlei: Einerseits sollte Linken mithilfe dieses Buches klar werden, dass die fdGO mehr ist als ein willkürlich festgelegter Kampfbegriff. Wer sich gegen diesen wehren will, muss die Zusammenhänge um die fdGO verstehen. Andererseits sollte die vorgelegte Studie andere politische Lager dafür sensibilisieren, dass die fdGO die Demokratie gefährdet und nicht schützt. Betrachtet man Schulz' Analysen, benötigt diese Einsicht auch keinen elaborierten Begriff von Demokratie. Zu monieren wäre an dem vorliegenden Buch wohl der teils schlaglichtartige Überblick zur „Stabilisierung und Ausdifferenzierung“ der fdGO. Zwar erhält der*die Leser*in Hinweise auf das breite Spektrum der Wirkmächtigkeit der fdGO (u.a. Justiz, Verfassungsschutz, Treuepflicht Staatsdienender, Parteien, Zivilgesellschaft und politische Bildung), allerdings tendieren einzelne Zusammenhänge (bspw. im komplexen Feld der politischen Bildung) zu Verkürzungen und vorschnellen Urteilen. Dennoch liefert die Untersuchung vielen verwandten Arbeitsfeldern entscheidende Ansatzpunkte für eine interdisziplinär informierte Kritik an repressiver Staat-

lichkeit, die sich durch Verweise auf die fdGO zu legitimieren versucht.

Dominik Feldmann

Neue Konfliktlinien oder alte Klassenspaltung?

Lutz Raphael, Jenseits von Kohle und Stahl – eine Gesellschaftsgeschichte nach dem Boom, Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2019, 525 Seiten, 32,00 Euro; Wolfgang Merkel, Ruud Koopmans, Michael Zürn u.a. (Hrsg.), The Struggle over Borders. Cosmopolitanism and Communitarism, Cambridge Press, Cambridge 2019, 276 Seiten, 28,83 Euro

Die Wahlerfolge der AfD und der Grünen versucht der Sammelband „The Struggle over Borders. Cosmopolitanism and Communitarism“ zu erklären. Der Band ist das Ergebnis des sechsjährigen Forschungsprojekts „Die Politische Soziologie des Kosmopolitismus und Kommunitarismus“ an der Humboldt-Universität Berlin und als gemeinsames Werk der Forschungsgruppe zu lesen.

Die AutorInnen um die Professoren Wolfgang Merkel, Ruud Koopmans und Michael Zürn vertreten darin die These, dass der dominierende Konflikt (cleavage) zwischen Kapital und Arbeit zugunsten des Konflikts zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus abgelöst wurde. Kosmopolitismus und Kommunitarismus definieren sie als Idealtypen, denen politisch am ehesten Grüne und AfD entsprechen. Folgende Annahmen vertreten die AutorInnen: Die Kosmopoliten treten für offene Grenzen, universelle Normen und für supranationale Autoritäten ein. Umgekehrt stehen die

Kommunitaristen für geschlossene Grenzen, kulturellen Partikularismus und nationale Souveränität. Linke und rechte Kommunitaristen stünden sich jeweils untereinander näher als den Kosmopoliten.

Die Forschungsgruppe führte dazu einen Ländervergleich durch und prüfte ihre Annahmen in langen Datenreihen. Die untersuchten Länder waren Deutschland, USA, Mexiko, Polen und die Türkei. Im Ergebnis stellen Merkel und Co. fest, dass die Eliten in Deutschland und den USA deutlich stärker für offene Grenzen als die Normalbevölkerung seien. Auch die Medien in Deutschland seien von einer Globalistenfraktion (Kosmopoliten) dominiert, die für offene Grenzen stünde. Weiter verweisen sie vor allem auf die Europäische Union. Die Eliten stünden dem Europäischen Integrationsprozess deutlich positiver gegenüber als die Massen. Merkel und Co. begründen das mit den Demokratiedefiziten auf internationaler Ebene. Die dominierenden Liberalen könnten hier ihre hohen moralischen Ansprüche selber nicht einlösen. Damit haben sie sicherlich Recht. Doch ansonsten widersprechen sich die Beiträge auffallend. In Fragen von Migration und Klimaschutz seien Geschlecht, Alter und Bildung sowie links/rechts aussagekräftiger als andere Merkmale. Dieser Befund wird erklärt mit dem Hinweis, dass der Widerspruch zwischen Kosmopoliten und Kommunitaristen eben noch nicht voll ausgeprägt sei.

Das bleibt aber nicht der einzige Widerspruch. Auch die Wirtschaftseliten werden als Vertreter für offene Grenzen, mal aber nur als Vertreter für Immigration von Arbeitskräften

hingestellt. Was unter offenen Grenzen zu verstehen ist, ob Anwerbung von Fachkräften, Gewährung von Asyl oder Arbeitsmigration wird schlicht nicht geklärt. Derartige methodische Mängel werfen Fragen auf. Auch ihre Datenbasis ist mit einem Elitensurvey der absoluten Topentscheider und einer Medienanalyse äußerst dünn. Es ist unklar wie die AutorInnen auf dieser Grundlage zu generellen Aussagen über ganze Bevölkerungsschichten kommen.

In der Konsequenz ist der wissenschaftliche Band aber auch politisch dürftig. Lang und breit wird implizit erklärt, warum Grüne und AfD im Aufschwung seien. Die politische Linke aber kommt kaum vor und wenn doch, dann mit erstaunlichen Aussagen: Linke Parteien, die für das Asylrecht eintreten, seien etwa linke Kosmopoliten. Die Sozialdemokratie hingegen sei bei den Akademikern kosmopolitisch, der Arbeiterklasse kommunitaristisch und bei den Funktionären eigentlich kosmopolitisch – aus strategischen Gründen aber kommunitaristisch. Das wird aber jeweils nicht weiter ausgeführt. Die Volksparteien werden nur nebulös angehalten ihre Wählermilieus etwas besser zu repräsentieren und die AfD als Teil des politischen Pluralismus ernst zu nehmen.

Am Ende bleibt der Verdacht, dass der ach so neue Konflikt zwischen Kosmopolitismus und Kommunitarismus eigentlich die alte Auseinandersetzung zwischen Liberalen und Rechten ist. Die Erzählung um Kosmopolitismus und Kommunitarismus dürfte letztlich aber nur wechselseitig Grünen und AfD helfen. Der Band ist daher sowohl wissenschaftlich wie politisch nicht zu empfehlen.

Ganz anders verhält es sich mit dem Band „Jenseits von Kohle und Stahl. Eine Gesellschaftsgeschichte Westeuropas nach dem Boom“ von Prof. Lutz Raphael. Raphael rückt die deindustrialisierten Regionen unter das politische Brennglas. Vor allem hier hatten rechte Parteien große Erfolge verzeichnet. Er vergleicht die Deindustrialisierungsprozesse in Großbritannien, Frankreich und Deutschland von den 1970ern bis heute. Neben der wirtschaftlichen Entwicklung, nimmt der Autor Regionen wie das Ruhrgebiet und die Industriegebiete Nordenglands unter besonderer Berücksichtigung der u.a. der Klassenentwicklung, Wohnsituation, Bildung und politischen Einstellungen schwerpunktmäßig in den Blick.

Das Buch liest sich teils als Gegenentwurf zu Merkel und Co. Raphael vermeidet steile Thesen, kritisiert aber die deutsche Mainstreamsoziologie, die immer wieder kleine Identitätsmarker zu großen Fragen aufbläst und darüber die Klassen vergisst. Die These von der Individualisierung unserer Gesellschaft teilt er demzufolge nicht, vielmehr geht er Großtrends der gesellschaftlichen Gruppen und Klassen nach der Deindustrialisierung nach.

In Großbritannien und Frankreich ist seit den 1970er Jahren die Hälfte (!) aller Industriearbeitsplätze weggefallen, in Westdeutschland nur ein Viertel. Im Zusammenhang mit dem Rechtsruck in Ostdeutschland ist interessant, dass hier von 1994 bis 2009 83 Prozent aller Industriearbeitsplätze weggefallen sind. Damit haben sich die Arbeits- und Lebensverhältnisse stark verändert. Für Westdeutschland ist bemerkenswert, dass industrielle Schwerpunkte heute öfter in ländlichen Räumen im Süden

Deutschlands als in Großstädten liegen. Doch nicht nur die Industrie ist ländlicher geworden. Auch die IndustriearbeiterInnen sind seit den 1970er Jahren EigenheimbesitzerInnen geworden – vor allem im ländlichen Raum. Die vormaligen Hochburgen der Sozialdemokratie in den Städten haben sich durch Zuwanderung, aber auch den Wegzug der IndustriearbeiterInnen, massiv verändert. Die großen Städte sind nunmehr Hochburgen der Dienstleistungsgesellschaft – mit schlechter bezahlten und gewerkschaftlich wenig organisierten Arbeitsplätzen und hoher Arbeitslosigkeit.

Während der Sozialdemokratie klassische Milieus weggebrochen sind, haben sich die industriellen Beziehungen im ländlichen Bereich ebenso gewandelt: andere Betriebskulturen, weniger autoritäre Chefs, mehr Mitbestimmung der Betriebsräte und der Arbeitsabläufe. Vor allem in Süddeutschland sind die Industriearbeitsmilieus daher relativ stabil geblieben. Gleichzeitig ticken sie eher konservativ (auch das ist stabil geblieben). Es ist ein Verdienst Raphaels, auch diese Verhältnisse anzuschauen.

Weil sich aber die Kräfteverhältnisse zwischen den politischen Lagern kaum gewandelt haben, rücken die Großstädte in den Blick, wo sich die Lebensverhältnisse zwischen IndustriearbeiterInnen und den stärker weiblichen Dienstleistungsbranchen angenähert haben. Raphael schlägt für sie den Begriff „classes populaires“ als Arbeitstitel vor. Sie ticken eher links, sind aber viel weniger organisiert und strukturiert als die alte Arbeiterklasse. Leider konstatiert Raphael genau beim Fall vorheriger Hochburgen der Sozialdemokratie ein Forschungsdefizit.

Insgesamt konstatiert Raphael aber das Verschwinden der Industriearbeiterklasse aus der Politik. Die Akademisierung der Politik, insbesondere der SPD, aber auch der Gewerkschaften ist ein Problem. So sind die ArbeiterInnen in ihren Organisationen weniger vertreten und treten politisch kaum noch in Erscheinung – kulturell übrigens ebensowenig. Die Thematisierung von Lebensverhältnissen der ArbeiterInnen ist im TV, der Literatur und dem Radio eher einem abschätzigen Blick auf die „Prols“ gewichen. Von der deutschen Sozialwissenschaft und auch den kritischen Intellektuellen wollen wir bis auf einige rühmliche Ausnahmen und gallische Dörfer gar nicht erst sprechen.

Insofern ist es verdienstvoll, dass Raphael genau diese Entwicklungen beschreibt. Das Buch ist nicht nur deshalb ungeheuer lesenswert.

Janis Ehling

Neosozialismus

Klaus Dörre, Christine Schickert (Hrsg.), Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus, Oekom-Verlag, Bibliothek der Alternative, München 2019, 216 S., 22,70 Euro

„Es fehlt an Alternativen“, so eröffnen Klaus Dörre und Christina Schickert den Band „Neosozialismus“. Lernen aus dem gescheiterten Staatssozialismus, ist ein Gedanke der mich durch den Band begleitet hat. So betonen sie bereits im Vorwort, dass jede Form einer Alternative immer unter dem Gesichtspunkt diskutiert werden muss, Freiheitsgarantien auch für die An-

dersdenkenden zu enthalten. Dörre eröffnet mit dem Beitrag „Neosozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion“ den Band. Der in einem sehr programmatischen Ton gehaltene Aufsatz fragt nach den Verfehlungen früherer Sozialismus-Projekten, sowie nach neuen Potentialen derselben. Der bisherige Staatssozialismus krankte an seinen fehlenden Formen von oppositioneller Zivilgesellschaft. Mit dem Begriff der ‚ökonomisch-ökologischen Zangenkrise‘ markiert Dörre ein Widerspruchsverhältnis, das sowohl Ausbeutung des globalen Südens als auch ökologische Krisenerscheinungen, als existenzielle Erhaltungskrisen moderner Gesellschaften kennzeichnet. Der Marktliberalismus fällt als Lösung dabei aus, weil er weder dem globalen Süden nachhaltig im Aufbau hilft, noch die derzeitigen Klimakrisen abwenden kann. Der Neosozialismus, der als Lösung angeboten wird, ist an minimalem Wachstum orientiert. Kein Wachstum oder negatives Wachstum wird in diesem Zusammenhang zurückgewiesen, stattdessen auf eine kontrollierte Form der Verteilung und einen gesteuerten, dynamischen, Entwicklungsprozess gesetzt. Ein solch veränderter Wachstumsprozess ist Teil von fünf Kernprojekten, in deren Zentrum die Debatte um gutes Leben steht. Dazu gehören nachhaltiges Wachstum, Umverteilung von materiellen und Zeitressourcen, radikale Demokratisierung der Wirtschaft sowie eine neue europäische linke Politik, die auf die südeuropäischen Länder Rücksicht nimmt. Die Verwirklichung dieser Ziele benötigt eine Debatte über eine demokratische und inklusive Klassenpolitik, deren Ziel demokratische Um- und

Rückverteilung von Profit und Eigentum sein soll. Klassenpolitik wird dabei als ein intersektionales Projekt verstanden, indem es nicht nur um Lohnkämpfe geht, sondern um die Mehrdimensionalität von Ausbeutungsverhältnissen als Grundlage eines kollektiven Handelns. Ökologie, Ökonomie und Diskriminierung auf Grund des Geschlechtes oder der Herkunft bilden für Dörre keine Widersprüche, sondern einen Ausgangspunkt für eine gerechtere Welt.

Hubertus Buchstein, der den anschließenden Essay verfasst, argumentiert in zweifacher Art gegen Dörre: 1) Krisen gab es schon immer im Kapitalismus, Dörre liefert kein Argument, warum die aktuell heranbrechende Krise insbesondere offen ist für ein Projekt des Neosozialismus; 2) Neosozialismus ist ein antikommunistischer Kampfbegriff. Indem Dörre in verwendet, ruft er Erinnerungen auf, die sich gegen sein Projekt stellen.

Nach diesen Einwänden genereller Natur beschäftigen sich Brigitte Aulenbacher, Raul Zelik und Bob Jessop mit verschiedenen Spielarten des Demokratiebegriffs im Neosozialismus. Aulenbacher macht den Auftakt mit dem Begriff des ‚demokratischen Experimentalismus‘ (Honneth 2016), der vor transformationspolitischen Einschränkungen der Freiheit einzelner warnt. Man dürfe diese Freiheit aber nicht zu radikal denken, schreibt Aulenbacher, da Herrschaftskritik notwendigerweise bedeutet, dass soziale Privilegien von Einzelgruppen zu Gunsten der Mehrheit eingeschränkt werden müssten. Dieses Spannungsverhältnis muss mit demokratischen Methoden ausgemessen werden. Raul Zelik zeigt anschließend am Beispiel von Venezuela, wie

wichtig nicht nur Demokratie staatlicherseits Verordnet, sondern als Kultur ist. So macht er den Niedergang des ‚Sozialismus des 21. JH‘ darin aus, dass viele demokratische Verwaltungsformen (Nachbarschaftsräte u.a.) von der Bevölkerung nicht mitgetragen wurden. Bob Jessop bringt in die Debatte eine ökosozialistische Perspektive ein, die insbesondere auf demokratische Beteiligung in der Produktionssphäre setzt. Die Bedingungen hierfür sieht er in der Verkürzung der Arbeitszeit, die sowohl der Umwelt als auch den Menschen zu gute käme. Unter der spezifischen Perspektive der Naturerhaltung soll auch der Care-Sektor aufgewertet werden.

Den Auftakt in den zweiten Teil des Bandes macht Erik Olin Wright, dem die Widmung gilt. Wrights Begriff der ‚realen Utopie‘ sucht nach aktuellen Ideen einer besseren Gesellschaft. Er verbindet die Werte der Gleichheit, Freiheit und Solidarität mit der Suche von gegenhegemonialen Projekten, die man in gesellschaftlichen Nischen finden kann. Diese gelte es zu stärken. Hans Jürgen Urban knüpft mit einem klaren Bezug auf Antonio Gramsci und seinen Überlegungen zur Hegemoniepolitik an. So empfiehlt Urban, zunächst ein Transformationsziel zu suchen, auf das hin die Transformationsstrategie gebildet werden müsse. Darin spiele das Transformationssubjekt eine starke Rolle. Mit dem Modell der Wirtschaftsdemokratie, so Urban, habe man ein Ziel, das anschlussfähig für ein breites Bündnis sei. Wirtschaftsdemokratie sei noch nicht der Sozialismus, rücke aber die Kategorie der Demokratie, welche für den Sozialismus von fundamentaler Bedeutung sei, wieder in den Mittelpunkt. Ngai-

Ling Sum führt am Beispiel der chinesischen Wanderarbeiter, die sich in einer höchst prekären sozialen Lage befinden, den hegemoniepolitischen Ansatz weiter aus. Er legt dabei ein besonderes Gewicht auf die Widersprüchlichkeit des Alltagsbewusstseins der Menschen. Er schlägt vor, in die Klassenpolitik affektive Momente zu implementieren. Wenn man Frustration und Stress ernst nimmt, kann man aus ihnen eine Gegenerzählung machen, die bspw. das Kollektiv als haltgebende Instanz wieder hervorhebt.

Vishwas Satgar argumentiert für eine neue Gesellschaftsanalyse, die Marxismus mit den Klimapolitiken global vereint. Auf Grund einer neuen historischen Situation macht er die ‚Kompetenz von Unten‘ stark, ohne die eine gelungene Transformation nicht möglich sei. Sein Verdienst in diesem Band ist, darauf hinzuweisen, dass es, vor allem in Ländern die bereits vom Klimawandel stark betroffen sind, schon aktive Politikformen der antikapitalistischen Klimapolitik gibt, die man nun verallgemeinern müsste.

Zuletzt kommen Ulrich Brand und Christine Schickert zu Wort. Zentral sind für sie Einstiegsprojekte, Initiativen die zum direkten politischen Gestalten einladen. Ein Einstiegsprojekt kann Stadtteil-Selbsthilfe, Rekommunalisierung oder auch der Aufbau eines Kulturzentrums sein. Im Sinne einer sozialökologischen Transformation können das Fordern eines besseren ÖPNV oder einer veganen Ernährungsweise solche Projekte darstellen. Die Autor*Innen kritisieren an Dörres Auftaktbeitrag, dass genau solche Momente der Kultur nicht mitbetrachtet werden. Man bräuchte nicht nur eine Veränderung der Wirtschaftsweise,

sondern auch Erzählungen, die eine gesamtgesellschaftliche Veränderung beinhalten (bspw. Recht auf Stadt).

Dörres abschließender Beitrag hebt insbesondere das Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie hervor. Anhand des CO₂-Verbrauchs zeigt er, dass sich die Klassenfragen ebenso in den Ökologiefragen widerspiegeln. Dörre ist ein guter Auftakt zur Neosozialismusdebatte gelungen.

Die Beiträge, die zunächst noch an Sozialismusdebatten des 20. Jahrhunderts erinnern, werden durch die ökologischen Beiträge aufgelockert. Das Buch ist leicht zu lesen und bietet gutes Material für Lesekreise, in denen sich auch Einsteiger*Innen mit dem Verhältnis Demokratie-Sozialismus beschäftigen wollen.

Fabian Korner